

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3741

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3741



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Der Löwe im «Sleep Mode»

*Avenir-Suisse-Freiheitsindex:
Spezialfokus Zürich*

analyse

Mario A. Bonato und Samuel Rutz

Erstmals Teil des Freiheitsindex ist eine Spezialanalyse zu einem einzelnen Kanton. Dieses Jahr starten wir mit dem grössten Kanton der Schweiz. Dabei zeigt sich, dass der Zürcher Löwe müde geworden ist. Das äussert sich im Avenir-Suisse-Freiheitsindex anhand zahlreicher, teilweise seit Jahren rückläufiger Indikatoren. Besonders augenfällig ist die Staatsquote, die relativ zu den anderen Kantonen überproportional wächst und zum unschönen Ergebnis führt, dass der Staatssektor schneller zulegt als die Privatwirtschaft. Das öffentliche Stellenwachstum bewirkte zudem bisher weder bei der Geschwindigkeit der administrativen Prozesse (z.B. Baubewilligungen) noch bei der Digitalisierung eine spürbare Effizienzsteigerung. Anlass zur Sorge gibt auch die Schuldenlast, die sich zwischen 2020 und 2025 nahezu verdoppeln wird. Bereits jetzt spiegelt sich die abnehmende Standortattraktivität in einer im interkantonalen Vergleich relativ geringen Zahl von Firmengründungen und der Netto-Abwanderung vermögender Einwohner. Der Kanton Zürich braucht eine marktwirtschaftliche Reformstrategie, um die Trendumkehr einzuleiten und die Standortattraktivität wieder zu steigern. Diese sollte fünf Eckpfeiler umfassen: Sicherstellung gesunder Kantonsfinanzen, Senkung der Steuerbelastung, Digitalisierungsschub für die Verwaltung, Überprüfung der im interkantonalen Vergleich ausgeprägten Verbotskultur und die Auflösung kantonalen Monopole und Beteiligungen.

| | |
|--|-------------|
| 1 _ Der stolze Löwe | _ 3 |
| 2 _ Der Kanton Zürich im Avenir-Suisse-Freiheitsindex | _ 4 |
| _ Ökonomische Freiheiten in Bedrängnis | 4 |
| _ Weiterhin ausgeprägte Verbotskultur im zivilen Bereich | 11 |
| 3 _ Ausblick für den Standort Zürich | _ 12 |
| _ Staatshaushalt in zunehmender Schieflage | 13 |
| _ Stotternder Innovationsmotor | 13 |
| _ Fachkräftemangel trotz starkem Bildungsstandort | 14 |
| _ Sinkende Standortattraktivität | 15 |
| _ Zwischenfazit | 15 |
| 4 _ Eckpunkte für liberale Reformen im Kanton Zürich | _ 17 |
| 5 _ Fazit | _ 20 |
| Literatur | 21 |

Herausgeber Avenir Suisse, www.avenir-suisse.ch
 Internes Lektorat Verena Parzer-Epp
 Gestaltung n c ag, Pascal Müller, www.ncag.ch

© Dezember 2021 Avenir Suisse, Zürich

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Da Avenir Suisse an der Verbreitung der hier präsentierten Ideen interessiert ist, ist die Verwertung der Erkenntnisse, Daten und Abbildungen dieses Werks durch Dritte ausdrücklich erwünscht, sofern die Quelle exakt und gut sichtbar angegeben wird und die gesetzlichen Urheberrechtsbestimmungen eingehalten werden.

Download www.avenir-suisse.ch/publication/freiheitsindex-spezialfokus-zuerich/

1. Der stolze Löwe

Der Kanton Zürich – der selbsternannte «Wirtschaftsmotor der Schweiz» – kommt für über 20 % der Schweizer Wirtschaftsleistung auf (Kanton Zürich 2021). Der bevölkerungsreichste Kanton beheimatet nicht nur mehr als 1,5 Mio. Menschen (Statistisches Amt 2020), sondern auch jeden fünften Arbeitsplatz im Land (BfS 2021a). Im Nationalen Finanzausgleich, der «den Zusammenhalt des Landes» stützen soll, ist er mit 500 Mio. Fr. der grösste Nettozahler und kommt für 37 % der Einzahlungen aller Geberkantone auf (EFD 2021). Der hiesige Finanzsektor mit den global tätigen Versicherungen und Banken ist prägend für das gesamte Bild der Schweiz im Ausland. Nicht nur in der Schweizer Bundesverfassung, sondern wohl auch im eigenen Selbstverständnis steht der Kanton zuvorderst.

Selbstverständlich ist auch in Zürich nicht alles Gold, was glänzt. So ist im Avenir-Suisse-Freiheitsindex in den letzten Jahren ein sukzessiver Abstieg des Kantons in den Ranglisten zu beobachten – sowohl bei den ökonomischen Indikatoren als auch bei der Messung der zivilen Freiheiten. Doch was sind die Gründe für diese Entwicklung? Welche der 30 Indikatoren geben besonderen Anlass zur Sorge? Diesen Fragen widmet sich diese Spezialanalyse des Avenir-Suisse-Freiheitsindex mit dem Fokus Zürich.

Nachfolgend wird zuerst auf das Abschneiden des Kantons Zürich im Avenir-Suisse-Freiheitsindex in den vergangenen 13 Jahren eingegangen. Danach werden die festgestellten Tendenzen bei den wichtigsten ökonomischen Indikatoren diskutiert. Zudem wird kurz auf die Ergebnisse im zivilen Subindex eingegangen, in dem Zürich seit Jahren auf den hintersten Plätzen rangiert. Um das Bild zu komplettieren, werden ferner weitere Messgrössen der Standortattraktivität analysiert. Den Abschluss bilden fünf liberale Reformvorschläge, um den Kanton Zürich auf eine zukunftsfeste Basis zu stellen.

2. Der Kanton Zürich im Avenir-Suisse-Freiheitsindex

Der Avenir-Suisse-Freiheitsindex misst und vergleicht die Freiheit der Schweizer Kantone.⁻¹ Die Erhebung reicht bis ins Jahr 2009 zurück. Dabei unterscheidet der Index zwischen zivilen und ökonomischen Freiheiten. Berücksichtigt werden nur Freiheiten, deren Gestaltung in der Kompetenz der Kantone liegen und für die gesamtschweizerisch vergleichbare Daten vorliegen. Die Struktur und Zusammensetzung der einzelnen Indikatoren wird deshalb laufend der gesetzgeberischen Realität angepasst. So wurde beispielweise der Indikator zur Erhebung des Ausmasses des Vermummungsverbots in den einzelnen Kantonen durch die Annahme des Burkaverbotes auf Bundesebene obsolet.

Der Kanton Zürich weist im Avenir-Suisse-Freiheitsindex eine durchgezogene Bilanz auf. Während er sich zwischen 2016 und 2018 in den Top 10 etablieren konnte, verlor er in den letzten Iterationen des Indexes wieder deutlich an Boden (vgl. Abbildung 1). War der Kanton Zürich bei den zivilen Indikatoren noch nie ein Spitzenreiter, findet er sich dort mittlerweile auf dem zweitletzten Platz wieder. Besser präsentiert sich die Lage im ökonomischen Teil des Indexes: Bei etlichen Indikatoren erreicht der Kanton Zürich Bestwerte und er sichert sich dadurch seit einigen Jahren den vierten Platz.

2.1 _ Ökonomische Freiheiten in Bedrängnis

Ökonomische Freiheit meint einerseits die kurz- und langfristige Verfügungsfreiheit über Privateigentum (Einkommen und Gewinne) und spiegelt andererseits die Präsenz des staatlichen Sektors in der kantonalen Volkswirtschaft. Wie erwähnt schneidet der Kanton Zürich im ökonomischen Bereich des Avenir-Suisse-Freiheitsindexes seit Beginn der Erhebung vergleichsweise gut ab. So wird die Bonität des Kantons mit der Bestnote bewertet (CS 2022). Auch in Sachen Subsidiarität zeigt sich der Kanton von einer guten Seite. Betrachtet man die Verteilung der Ausgaben zwischen Gemeinden und Kanton, werden 54 % der Ausgaben von den Gemeinden selbst bestritten (EFV 2021). Dieser Anteil ist von allen Kantonen der höchste. Somit erhält Zürich nicht nur bei der Bonität, sondern auch beim Indikator «Dezentralisierung» eine Bestnote. Erwähnenswert ist ferner die Gestaltung der Ladenöffnungszeiten – sie gehören zu den liberalsten in der Schweiz.

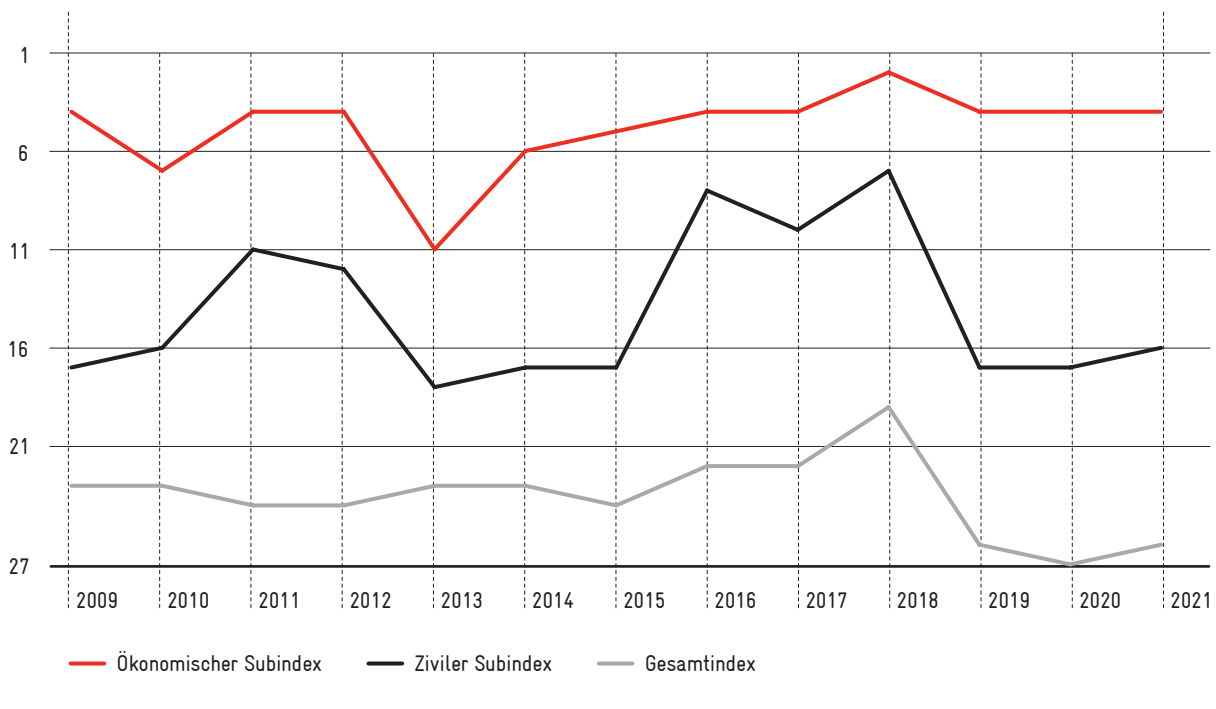
Die einstige Silbermedaille im ökonomischen Subindex musste der Kanton jedoch 2019 wieder abgeben. Trotz dem nach wie vor hohen Niveau

1 Beim Avenir-Suisse-Freiheitsindex handelt sich um einen relativen Index, der die Kantone untereinander vergleicht. Der letztplatzierte Kanton ist dabei keineswegs als «unfrei» zu bezeichnen, schneidet die Schweiz als Gesamtheit im «Human Freedom Index» doch auf dem zweitbesten Platz ab (Cato 2021).

Abbildung 1

Rangierung des Kantons Zürich im Avenir-Suisse-Freiheitsindex (2009–2021)

Nachdem sich der Kanton Zürich Mitte der 2010er Jahre in die Top 10 des Avenir-Suisse-Freiheitsindexes vorgekämpft hatte, ist er in den letzten zwei Jahren wieder in das hintere Drittel zurückgefallen.



Quelle: Rutz und Bonato 2021b

der ökonomischen Indikatoren gibt es verschiedene Anzeichen, die in eine falsche Richtung deuten und ein zukünftiges Zurückfallen des Kantons Zürich im Avenir-Suisse-Freiheitsindex befürchten lassen. Nachfolgend werden einige wichtige Indikatoren besprochen, bei denen sich Handlungsbedarf abzeichnet, will der Kanton Zürich nicht im interkantonalen Vergleich an Attraktivität verlieren.

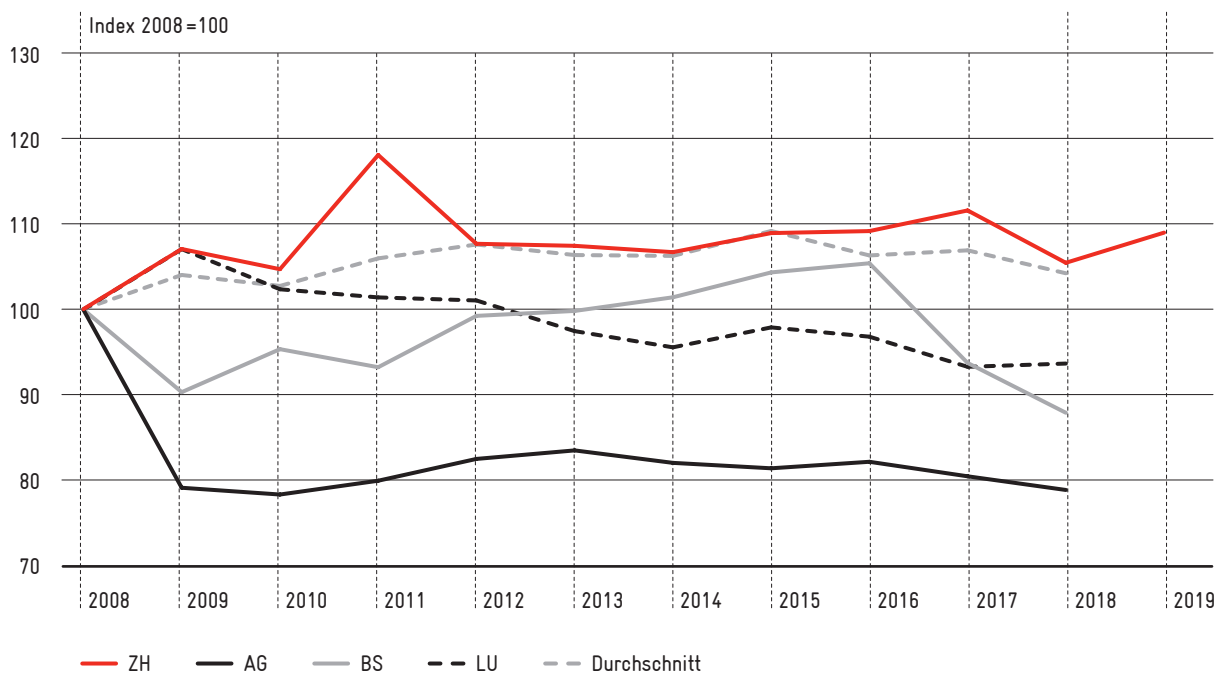
2.1.1 _ Steigende Zürcher Staatsquote

Spricht man von der Staatsquote, ist es zentral, den Begriff konkret zu definieren: Der Avenir-Suisse-Freiheitsindex stellt zur Messung dieser Grösse die Gesamtausgaben der Kantone ins Verhältnis zum kantonalen Bruttoinlandprodukt (BIP) (Rutz und Bonato 2020a). Um zu verhindern, dass Verzerrungen zugunsten derjenigen Kantone entstehen, die viele Aufgaben an die Gemeinden auslagern, werden in einer gesamtheitlichen Sicht die aggregierten Ausgaben der Gemeinden hinzugerechnet. Der Median der Schweizer Kantone und ihrer Gemeinden kommt im Jahr 2018 bei 18,8% zu liegen. Der Kanton Zürich mit seinen 15,4% scheint hier in absoluten Zahlen gut abzuschneiden. Er weist die viertiefste Staatsquote aller Kantone auf.

Abbildung 2

Indexierte Staatsquoten der Kantone und ihrer Gemeinden (2008–2018)

Während einzelne Kantone (z.B. Aargau, Basel-Stadt und Luzern) ihre Staatsquote in den letzten Jahren absolut senken konnten, ist ein Wachstum der Staatsquote im Kanton Zürich festzustellen.



Quelle: Eigene Berechnungen, EFV 2021

Im Jahr 2008 betrug diese jedoch noch 14 %. Im untersuchten Zeitraum ist somit eine Tendenz hin zu einer höheren Staatsquote festzustellen.

Vergleicht man zudem die relative Entwicklung über die Zeit, zeigt sich, dass die aggregierte Zürcher Staatsquote überdurchschnittlich gewachsen ist, während sie in anderen Kantonen – etwa dem Aargau, Luzern oder Basel-Stadt – in den letzten zehn Jahren gar gesenkt werden konnte. Der Kanton Zürich muss sich hingegen mit einer Annäherung an das durchschnittliche Schweizer Wachstum der Staatsquote zufriedengeben (vgl. Abbildung 2). Auch das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) stellte fest, dass das Ausgabenwachstum des Kantons Zürich und seiner Gemeinden (4 %) das kantonale Wirtschaftswachstum (0,5 %) mittlerweile deutlich überholt hat (AWA 2019).

Nicht zu vergessen sind überdies Ausgaben, die nicht in der oben gegebenen Definition enthalten sind. Erweitert man den Begriff der Staatsquote etwa um obligatorische Abgaben und Versicherungen oder werden Eventualverbindlichkeiten, wie etwa die Staatsgarantie der ZKB, mitberücksichtigt, käme eine wesentlich höhere Staatsquote als die errechneten 15,4 % zustande (Bonato 2020).

2.1.2 – Kantonale Monopole

Man könnte meinen, staatliche Monopole hätten in der freiheitlichen Wirtschaftsordnung der Schweiz kaum mehr etwas verloren. Tatsächlich gibt es auf Stufe der Kantone jedoch noch heute zahlreiche Monopole. Der Avenir-Suisse-Freiheitsindex misst und vergleicht diese. Der Kanton Zürich kommt beim Indikator «kantonale Monopole» – zusammen mit verschiedenen anderen Kantonen – auf dem letzten Platz zu liegen. Im Wesentlichen ist dieses Resultat auf das nach wie vor bestehende Gebäudeversicherungsmonopol und das Amtsnotariat zurückzuführen.

Staatliche Gebäudeversicherung

Von einer Unterversorgung an Versicherungsanbietern kann im Kanton Zürich kaum die Rede sein. Die Zürcher Volkswirtschaftsdirektion spricht selbst gar von «einem weltweit bedeutenden Versicherungscluster». Nach eigenen Angaben läge «in keiner der untersuchten (internationalen) Vergleichsregionen der Anteil der Versicherungen an der regionalen Wertschöpfung höher». So beheimatet der Zürcher Finanzplatz die Hälfte aller Versicherungen in der Schweiz (2021).

Ob in einem solchen Umfeld ein kantonales Monopol im Bereich der Gebäudeversicherung noch angebracht und zeitgemäss ist, muss hinterfragt werden. In der EU etwa wurden mit dem Wegfall von staatlichen Pflicht- und Monopolrechten die staatlichen Gebäudeversicherungen in den 1990er Jahren abgeschafft. Und auch eine Versicherungspflicht für Gebäude besteht heute nur noch in wenigen Ländern, etwa in Spanien oder Frankreich. Zwar wird in der Schweiz immer wieder das Argument angeführt, dass mittelbare rechtliche Gebäudeversicherungsmonopole mit Effizienzvorteilen – und deshalb tieferen Prämien – einhergehen würden. Anhand der Praxis in den sieben Kantonen, welche die Versicherung von Gebäuden der Privatassekuranz überlassen, zeigt sich jedoch, dass kein Marktversagen vorliegt, das eine zwingende staatliche Bereitstellung dieser Leistungen rechtfertigen würde.

Auch mit Blick auf die Zukunft des Versicherungs- und Finanzplatzes Zürich wäre ein Überdenken der aktuellen Situation mit einer monopolistischen kantonalen Gebäudeversicherung angebracht. Ein solches Monopol beschränkt nämlich die Dienstleistungsfreiheit im EU-Binnenmarkt und könnte sich als problematisch erweisen, wenn mit der EU dereinst ein Finanzdienstleistungs- oder Versicherungsabkommen anstünde.

Fehlende Liberalisierung im Notariatswesen

Ein weiteres Relikt im Kanton Zürich ist das Amtsnotariat. Diese Form des Notariats teilt sich der Kanton Zürich einzig mit dem Kanton Schaffhausen (Rutz und Bonato 2020b). Alle anderen Kantone kennen ein liberalisiertes, freiberufliches Notariat oder eine Mischform davon. Das sogenannte lateinische Notariat ermöglicht es, die Errichtung öffentlicher Urkunden gleich beim Anwalt zu erledigen, ohne dass der Gang aufs Amt nötig wird. Viel-

fach wird argumentiert, dass beim freiberuflichen Notariat höhere Kosten anfielen. Dieses Argument lenkt jedoch von der ordnungspolitischen Grundsatzfrage ab. Sich ergebende Synergien sind alleine kein Grund für den Staat, um funktionierende Märkte zu monopolisieren und die Wettbewerbsfreiheit einzuschränken.

Ebenfalls unterliegen die Notariatstarife in allen Kantonen amtlichen Tarifverordnungen. Folglich sind diese stets Resultat politischer Entscheide und nicht des Wettbewerbs (Rutz und Schmid 2014). Tatsächlich werden die hohen Verwaltungskosten der Zürcher und Schaffhauser Amtsnotariate in den Debatten anderer Kantonsparlamente als schlechte Vorbilder herangezogen (Berner Zeitung 2019). Es lässt sich einfach erkennen, dass mit einer Umstellung auf ein freiberufliches oder ein gemischtes Notariat öffentliche Gelder und damit auch Staatsstellen eingespart werden könnten.

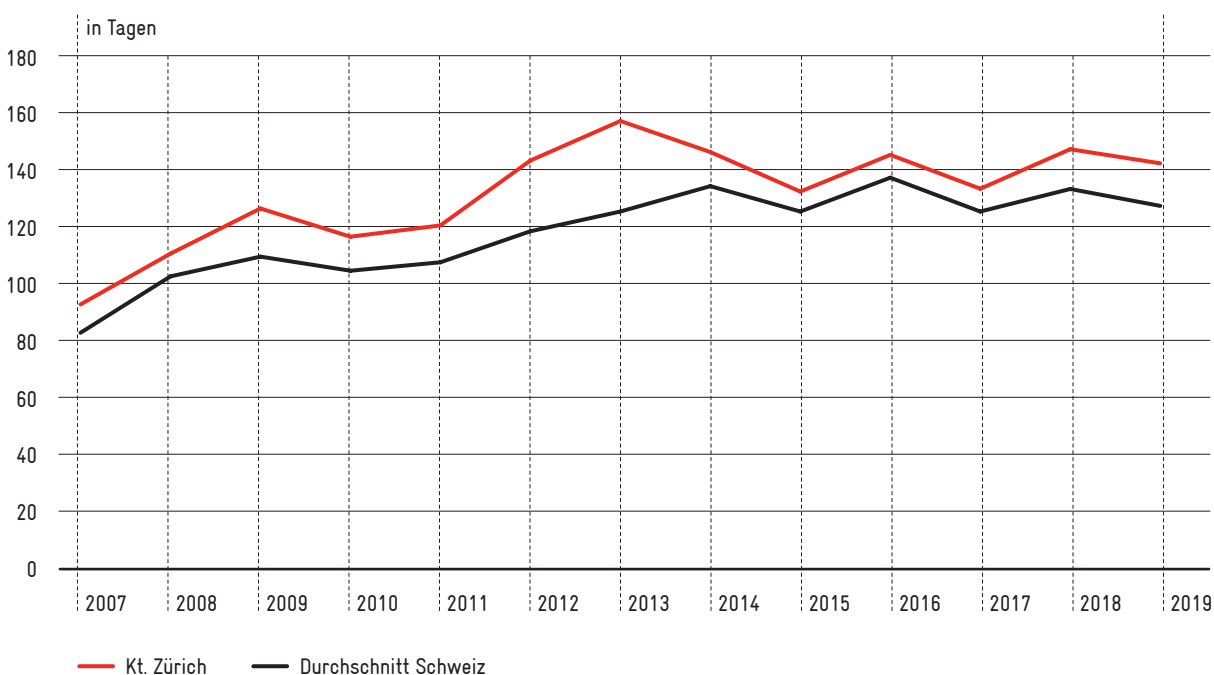
2.1.3_Langwierige bürokratische Prozesse

Die überbordende Bürokratie ist ein Dauerbrenner und eine Hauptsorge der Unternehmen (CS 2021). Als ein Beispiel für die Zürcher Bürokratisierung kann die Dauer bis zum Erhalt einer Baubewilligung gelten. In den vergangenen 13 Jahren hat sich diese um mehr als 50 % verlängert (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3

Dauer bis zur Baubewilligung im Kanton Zürich (2007–2019)

Die Dauer bis zum Erhalt der Baubewilligung liegt im Kanton Zürich seit der erstmaligen Erfassung des Avenir-Suisse-Freiheitsindex über dem Schweizer Durchschnitt. Aktuell beträgt der entsprechende Unterschied 15 Tage, also mehr als zwei Wochen.



Quelle: Fahrländer und Partner 2020

Dauerte es 2007 93 Tage, verstreichen nun im Schnitt bereits 143 Tage vom Moment des Einreichens bis zum Erhalt einer Baubewilligung. Kurze und effiziente Bewilligungsverfahren sind jedoch für die Bevölkerung und das Gewerbe zentral, um Planungs- und Rechtssicherheit sicherzustellen. So gelingt es 17 anderen Kantonen, die Baubewilligungsgesuche schneller zu bearbeiten. Im Schnitt vergehen in der Schweiz 128 Tage, also mehr als zwei Wochen weniger als im Kanton Zürich, bis ein Baugesuch entschieden wird (Fahrländer und Partner 2020).

Eine Motion, die auf eine Verkürzung dieser Verfahren abzielte, wurde vom Zürcher Regierungsrat im September 2021 abgelehnt. Zwar werde «durch die Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens eine Effizienzsteigerung erwartet», doch fehlende Personalressourcen für die inhaltliche Projektprüfung werden als Grund für die Ablehnung der Motion angeführt (Regierungsrat 2021a). Weshalb die Digitalisierung im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts nicht analoge Prozesse ersetzen kann, ist schleierhaft. Nicht von ungefähr wurde in einer Firmenbefragung der Stadt Zürich das Amt für Baubewilligungen von allen Anlaufstellen der öffentlichen Verwaltung als das unbeliebteste angegeben (Stadt Zürich 2021a). Wie Avenir Suisse in einer Studie jüngst aufgezeigt hat, gibt es bei der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Behörden aber auch andernorts noch viel Optimierungs- und Digitalisierungspotenzial (Müller und Ammann 2021).

2.1.4 _ Extensiv wachsender Staatsapparat

Betrachtet man den Anteil der Beschäftigten im öffentlichen und privaten Sektor, kann im Kanton Zürich eine deutliche Tendenz hin zu einer wachsenden Zahl an Staatsangestellten festgestellt werden. Im Jahr 2014, als der Indikator «Beschäftigte im öffentlichen Sektor» das erste Mal im Avenir-Suisse-Freiheitsindex erfasst wurde, fand sich der Kanton Zürich noch weit vor dem Schweizer Mittel auf Rang 9. Heute kommt er klar darunter zu liegen (Rang 14) (Rutz und Bonato 2020).

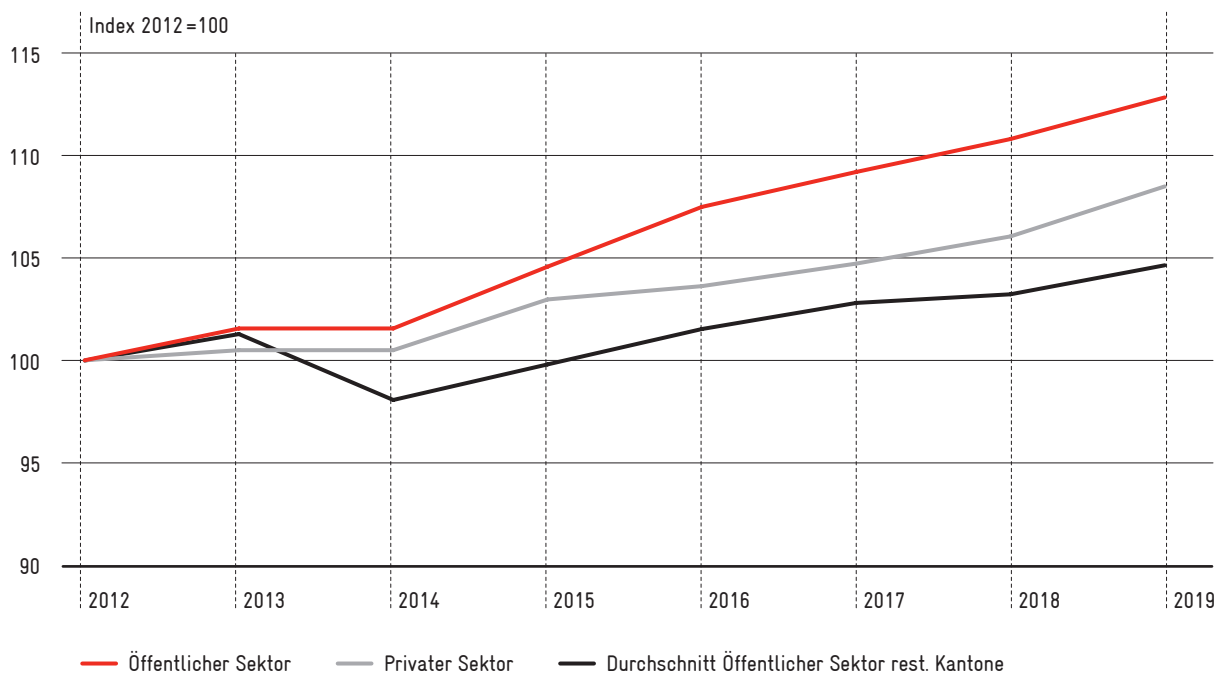
Der Zürcher Regierungsrat unternimmt aktuell wenig, um eine Kehrtwende herbeizuführen. Im Gegenteil: Im Jahr 2022 plant er, 1120 neue Vollzeitstellen zu schaffen. Gemäss Finanzplan würde der Kanton Zürich somit im Jahr 2023 die Grenze von 50 000 Vollzeitstellen knacken (Regierungsrat 2021b). Nicht miteingerechnet sind dabei die Mitarbeitenden der öffentlichen Unternehmen des Kantons, sowie die Angestellten der 162 Gemeinden. Nimmt man diese hinzu, arbeiten mittlerweile mehr als 160 000 Personen im öffentlichen Sektor (BFS 2021a). Allen voran ist hier die Stadt Zürich mit über 22 000 Stellen als gewichtiger Akteur zu nennen, die mit über 2000 neuen Stellen bis Ende 2025 plant – einem Anstieg von über 10 % – und dies trotz sich zusehends verschärfenden Defiziten im städtischen Finanzhaushalt (Stadt Zürich 2021b).

Der öffentliche Sektor nahm bereits im letzten Jahrzehnt um insgesamt 13 % zu. Die Zürcher Wirtschaft konnte mit diesem atemberaubenden Tempo nicht Schritt halten: Ihr Stellenangebot wuchs nur halb so schnell

Abbildung 4

Beschäftigte im Kanton Zürich (2012–2019)

Der Anteil der Beschäftigten, die im öffentlichen Sektor des Kantons Zürich arbeiten, wuchs im letzten Jahrzehnt wesentlich schneller als der private Sektor. Auch im interkantonalen Vergleich ist ein deutlich höheres Wachstum festzustellen.



Quelle: Eigene Berechnungen, BFS 2020

wie das des öffentlichen Sektors. Oft hört man die Begründung, dass die Zahl der öffentlich Beschäftigten mit einer wachsenden Bevölkerung zwangsläufig steigen müsse. Diese Argumentation verfängt hier jedoch nicht: Im betrachteten Zeitraum hat die Zahl Beschäftigter im öffentlichen Sektor eineinhalbmal stärker zugelegt als die Bevölkerung. Auch das brachliegende Potential der Digitalisierung ist offenkundig. Zu selten erfolgt auf Effizienzgewinne infolge der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen ein tatsächlicher Stellenabbau. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass sich in der letzten Firmenbefragung der Stadt Zürich jedes fünfte Unternehmen ein Mehr an Leistungen wünschte, die digital abgewickelt werden könnten. Gerade in den verschiedenen Bewilligungsverfahren gibt es noch viel Raum nach oben (Stadt Zürich 2021a).

Der «Wirtschaftsmotor» Zürich kann sich zwar noch immer rühmen, jedes fünfte Vollzeitäquivalent der Schweiz anzubieten (BFS 2021a) – so viel wie kein anderer Kanton. Weniger rühmlich wird dieser Fakt jedoch, wenn ein immer grösserer Teil davon Staatsangestellte sind.

2.2 – Weiterhin ausgeprägte Verbotskultur im zivilen Bereich

Die tiefe Rangierung im zivilen Subindex reflektiert eine Zürcher Tradition, die weit über den Zeitraum der Erhebung des Avenir-Suisse-Freiheitsindex hinausgeht. Bereits die ständische Ordnung der Stadt Zürich und ihrer Untertangebiete im Spätmittelalter war geprägt von einer extensiven Verbotskultur und strenger Sittenmandate. Der Landbevölkerung wurde unter anderem das Tanzen an Hochzeiten verboten, auch die maximale Höhe des Wertes des Hochzeitsgeschenkes war streng reglementiert. Das Zürcher Überlegenheitsverständnis gipfelte 1488 im «Hundemassaker». Da der städtische Adel Symbole der Jagd einzig sich vorbehalten wollte, wurde das Töten sämtlicher Hunde der Bauernschaft angeordnet (Eugster 1995).

Dieser durchgreifende Ordnungsanspruch scheint sich bis heute im Kanton Zürich in vielen Bereichen bemerkbar zu machen. Im Kantonsranking des Avenir-Suisse-Freiheitsindex reiht sich der Kanton bei den zivilen Freiheiten dann auch auf dem zweitletzten Platz ein. Es lässt sich bei einer Vielzahl an Indikatoren eine höhere Regulationsdichte ziviler Freiheiten beobachten als in anderen Schweizer Kantonen. Beim Nichtraucherschutz etwa verschärfte der Kanton die Vorschriften des Bundes und erliess ein Verbot von Raucherlokalen (ZH Lex 2021). Ebenso wurde der Zugang zum Richteramt 2016 für einen Grossteil der Bevölkerung eingeschränkt (Statistisches Amt 2021). Verhältnismässig starke Einschränkungen gibt es auch bei Veranstaltungen und dem Verhalten an hohen Feiertagen (Rutz und Bonato 2021b). Und noch immer scheint die Faszination mit Hunden ungebrochen. Als einer von nur vier Kantonen verbietet der Kanton Zürich das Halten bestimmter Hunderasen. Wenn auch aus gänzlich anderen Motiven wird die Freiheit von Hundehaltern eingeschränkt. Trotz einer liberalen Grundordnung bürdet der Kanton Zürich seiner Bevölkerung bei den zivilen Freiheiten eine Vielzahl von Einschränkungen und Verboten auf – so viele, wie es sich fast in keinem anderen Kanton beobachten lässt.

Dieser Befund macht klar, dass es im Kanton Zürich dringend eine Debatte über freiheitliche Werte und liberale Grundsätze des Zusammenlebens braucht. Auch wenn es sich bei den Einschränkungen zur Richterwahl, von Veranstaltungen an hohen Feiertagen und beim Nichtraucherschutz sowie dem Verbot gewisser Hunderassen nur um einzelne Beispiele handeln mag: In ihrer Kombination schränken diese vielfältigen Bevormundungen die individuelle Lebensgestaltung ein. Es kann zwar argumentiert werden, dass in dicht besiedelten Gebieten das Handeln Einzelner sich viel rascher auf die Handlungsmöglichkeiten anderer auswirkt. Das resultierende, grössere Reibungspotenzial kann deshalb in vielen Fällen zu einer dichteren Regulierung des zivilen Lebens führen. Dies ist jedoch keine generelle Rechtfertigung für die Vielzahl von Verboten, die sich im Kanton Zürich finden. Um dem Prinzip der Subsidiarität zu genügen, wären allfällige Regulierungen – wenn immer möglich – lokal und nicht kantonsweit festzuschreiben.

3. Ausblick für den Standort Zürich

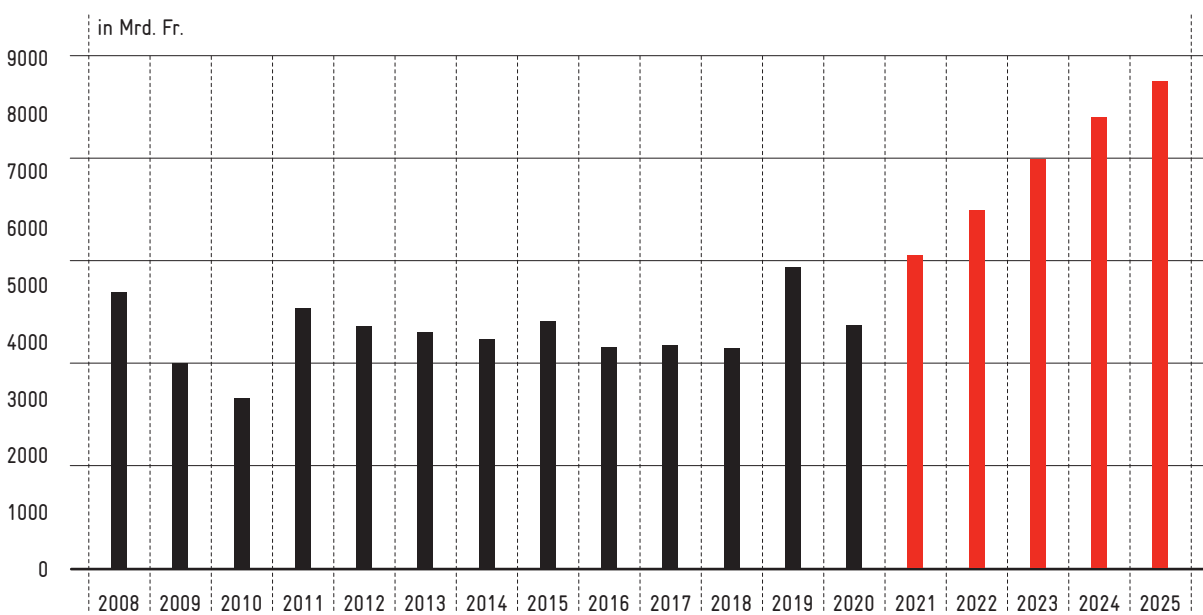
Der Avenir-Suisse-Freiheitsindex erfasst und vergleicht verschiedene Freiheiten zwischen den Kantonen. Die Resultate des Freiheitsindex erlauben dabei, Trends zu identifizieren. Auch wenn sich solche Trends grundsätzlich extrapolieren lassen, werden Aussagen über künftiges Verhalten oder bevorstehende Reformen im Avenir-Suisse-Freiheitsindex nicht abgebildet. Zudem sind den Indikatoren im Freiheitsindex gewisse Grenzen gesetzt: Sie müssen einheitlich über die Kantone messbar und vergleichbar sein. Offensichtlich besteht aber ein ganzer Strauss weiterer möglicher Indikatoren und Messgrößen, die die Entwicklung des Kantons Zürich massgeblich beeinflussen.

Nachfolgend werden verschiedene Indikatoren, die sich erst in Zukunft im Avenir-Suisse-Freiheitsindex niederschlagen werden (Entwicklung des Staatshaushalts), oder von diesem nicht oder nur indirekt erfasst werden (Innovation, Fachkräftemangel und Standortqualität), beleuchtet.

Abbildung 5

Nettoschulden des Kantons Zürich

Die Entwicklung der Nettoschulden des Kantons Zürich verlief bis 2020 einigermaßen konstant. Gemäss den Prognosen des Regierungsrates werden sich die Schulden aber innert der nächsten fünf Jahre beinahe verdoppeln.



Anmerkung: Jahre 2021–2025 Prognosen des Regierungsrates

Quelle: Eigene Berechnungen, EFV 2020, Regierungsrat 2021b

3.1 _ Staatshaushalt in zunehmender Schieflage

Der Finanzhaushalt des Kantons Zürich gerät zusehends aus den Fugen. So rechnet der Regierungsrat mit einer Verdoppelung der Nettoschulden innerhalb den nächsten fünf Jahre (Regierungsrat 2021b). Die Bruttoschulden betragen heute bereits 12,4 Mrd. Fr. Nimmt man die aggregierten 15,9 Mrd. Fr. aller Zürcher Gemeinden hinzu, ergibt dies eine Schuldenquote von 17,8 % (EFV 2020). Zurückzuführen ist die angesprochene Schieflage des Zürcher Staatshaushaltes in erster Linie auf das ungebremste Ausgabenwachstum. So sind die Ausgaben von Kanton und Gemeinden im letzten Jahrzehnt um fast 4,3 Mrd. Fr. gewachsen – und dies mit zunehmendem Tempo. In den drei Jahren vor der Corona-Krise stiegen die Ausgaben jährlich im Schnitt um mehr als 600 Mio. Fr. Der Kanton ist eindeutig der grösste Treiber dieses Ausgabenwachstums. Seine Ausgaben sind in denselben Zeiträumen im Schnitt um 3 Mrd. Fr. (2010–2019) resp. jährlich 440 Mio. Fr. (2017–2019) gestiegen.

Langfristig schlägt sich eine ungebremste Entwicklung dieser Art im Avenir-Suisse-Freiheitsindex beim Indikator «Gesundheit der Kantonsfinanzen» negativ nieder. Eine höhere Schuldenquote wird die aktuell noch gute Bewertung der Zürcher Kantonsfinanzen markant senken. Das vorherrschende Tiefzinsumfeld kann sich so als tückisch erweisen. Einerseits kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Zinsen künftig wieder anziehen, andererseits kann die Verschlechterung der «Gesundheit der Kantonsfinanzen» gerade dazu führen, dass sich durch eine tiefere Bonität die Refinanzierungskosten der Schulden markant erhöhen. Aber unabhängig vom aktuellen Tiefzinsumfeld: Schulden sind Schulden – was heute ausgegeben wird, kann später nicht mehr ausgegeben werden. Für die geschaffene Schuldenlast müssen künftige Generationen geradestehen (Grünenfelder et al. 2021).

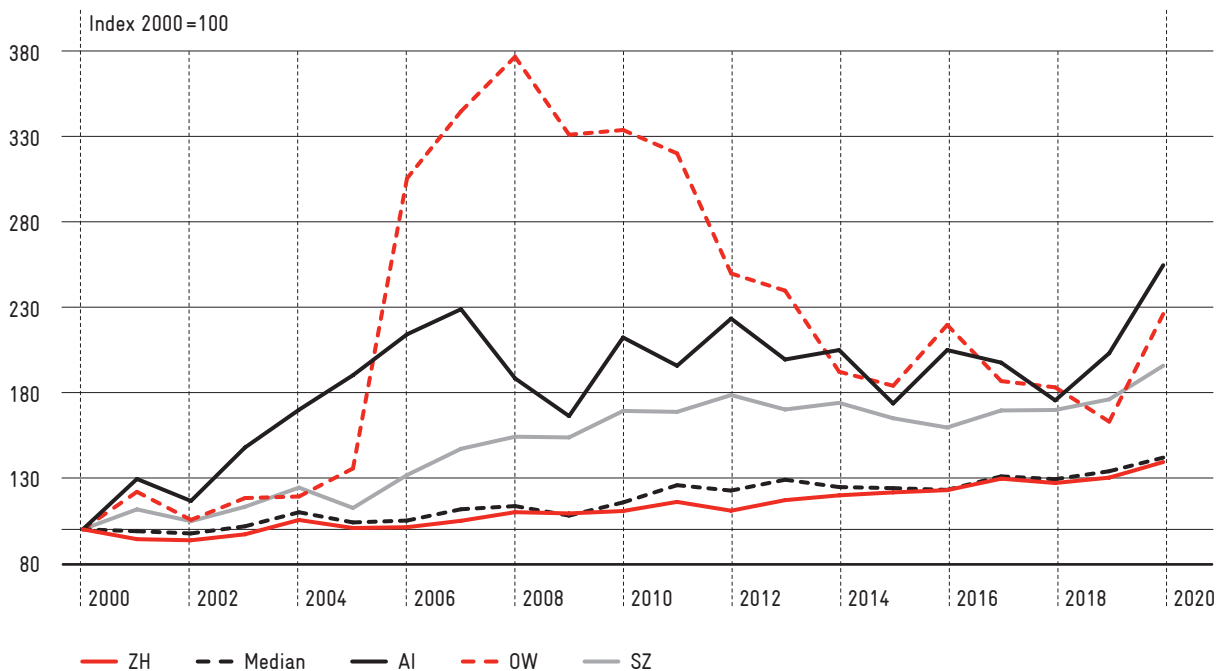
3.2 _ Stotternder Innovationsmotor

Bereits heute lassen sich im Kanton Zürich beunruhigende Anzeichen unterdurchschnittlicher Innovation beobachten. Als Indikator hierfür kann die Anzahl der Neugründungen von Unternehmen herangezogen werden. Zwar mag die absolute Anzahl Neugründungen mit über 8000 Unternehmen beeindruckend erscheinen. Der indizierte Vergleich zwischen den Kantonen (vgl. Abbildung 6) zeigt aber, dass in Zürich vergleichsweise weniger Unternehmen gegründet werden, als dies beim Durchschnitt der Schweizer Kantone der Fall ist. Dies trotz dem Innovationstreiber, der in Zürich ansässigen Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH). Andere Kantone, wie etwa Appenzell-Innerrhoden oder Obwalden, verzeichnen im relativen Vergleich eine deutlich grössere Dynamik bei der Anzahl der Neugründungen. Auch der benachbarte Kanton Schwyz scheint Rahmenbedingungen bereitzustellen, die ein deutlich höheres Wachstum der Neugründungen erlauben.

Abbildung 6

Neueintragungen ins Handelsregister (2000–2020)

Die Anzahl Neueintragungen ins Handelsregister fallen im Wirtschaftskanton Zürich knapp unterdurchschnittlich aus. Kantone wie Appenzell-Innerrhoden, Obwalden oder Schwyz weisen deutlich höhere Gründungsraten auf.



Quelle: Bisnode D&B 2021

3.3_Fachkräftemangel trotz starkem Bildungsstandort

Seitens der Unternehmen werden heute der Fachkräftemangel und damit zunehmende Rekrutierungsschwierigkeiten als Hauptherausforderungen bezeichnet (SMM 2019). Dies ist auch durch die demografische Entwicklung bedingt – aber nicht nur. Die Situation in Zürich überrascht insofern, als dass der Kanton mit renommierten Ausbildungsstätten für besonders nachgefragte MINT-Absolventen, insgesamt sechs Hochschulen und zahlreichen wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungsgängen als führender Bildungsstandort gilt. Gesamthaft studieren an Universitäten und Fachhochschulen im Kanton Zürich über 75 000 Personen (BFS 2021b).

Bedroht wird der Bildungsstandort Zürich insbesondere von der Erosion des bilateralen Verhältnisses der Schweiz mit der EU. Durch die Abstufung der Schweiz zum Drittstaat beim Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation «Horizon Europe» entstehen erhebliche Restriktionen für die Schweizer – und insbesondere auch Zürcher – Forschungsinstitutionen. Weiter wird die Attraktivität für Schweizer Studierende beschnitten, indem das internationale Austauschprogramm «Erasmus+» der Schweiz nur noch im Rang eines Drittstaats offensteht (Hug Alonso et al. 2021). Längst nicht alle wählen nach dem Studienabschluss Zürich

als Ort ihrer beruflichen Tätigkeit. Dies zeigt der sich verschärfende Fachkräftemangel im Grossraum Zürich. So ist der entsprechende Index innert vier Jahren um 25 % angestiegen. Insbesondere fehlt geschultes Personal in den Bereichen der Ingenieur- und Informatikberufe (SMM 2019).

3.4 _ Sinkende Standortattraktivität

Der Kanton Zürich ist zwar nach wie vor ein attraktiver Kanton – nur holen andere Kantone bezüglich Standortattraktivität zusehends auf. In einer Nettobetrachtung ist im letzten Jahrzehnt zwar stets ein Mehr an Zuzüglern im Kanton sesshaft geworden. Interessant ist aber vor allem die Zusammensetzung der Zu- und Abwanderung. Während die Zuzüglern im Durchschnitt deutlich weniger vermögend sind, verlassen insbesondere wohlhabendere Teile der Bevölkerung den Kanton. Dies ist eine bedenkliche Entwicklung, sind doch die Wegzueglern im Schnitt rund doppelt so vermögend wie die Zuzueglern. Im untersuchten Zeitraum der Studie von Brühlhart und Schmidheiny (2021) sind netto somit innert vier Jahren rund 5 Mrd. Fr. an Vermögen mit dem Wegzug natürlicher Personen abgewandert. Weitere Untersuchungen zeigen ein ähnlich negatives Bild bei den juristischen Personen. In der interkantonalen Verschiebung von Unternehmenssitzen verzeichnet der Kanton Zürich die grösste Netto-Abwanderung (CRIF 2019). Vergleicht man die Einkommenssteuersätze zwischen den Kantonen, so findet man im Kanton Zürich den sechsthöchsten, bei den Gewinnsteuersätzen gar den zweithöchsten der Schweiz (KPMG 2021). Die Rahmenbedingungen sind heute für Vermögende und viele Unternehmen in anderen Kantonen – zumindest steuerlich – wesentlich attraktiver als im Kanton Zürich.

Einen weiteren Hinweis darauf, dass die Rahmenbedingungen im Kanton Zürich optimiert werden sollten, liefert das Kostenumfeld, das unter anderem das Lohnniveau, die Energiepreise, aber auch Patentboxen oder Steuersätze beinhaltet. Im vorliegenden Kontext sind insbesondere letztere relevant. Wie eine Studie der UBS (2021) aufzeigt, findet sich der Kanton Zürich bezüglich Kostenumfeld auf dem zweitletzten Platz – knapp vor dem Kanton Bern und weit hinter dem drittletztplatzierten Kanton Genf. Grösster unmittelbarer Hebel für die Verbesserung des Kostenumfelds wäre eine Anpassung des Steuerfusses. Dies würde jedoch zwingend bedingen, dass Kantons- und Regierungsrat das Ausgabenwachstum wieder in den Griff bekommen.

3.5 _ Zwischenfazit

Die drohende Schiefelage der Kantonsfinanzen, die unterdurchschnittlichen Firmengründungen, die abnehmende Standortattraktivität sowie der zunehmende Fachkräftemangel lassen sich insgesamt als Anzeichen einer sich verdüsternden Zukunft für den Kanton Zürich interpretieren. Die «fetten Jahre» scheinen sich dem Ende zuzuneigen. Natürlich verbleiben dem Kanton Zürich nach wie vor viele Stärken. Trotzdem sollten die Zeichen an der Wand nicht ignoriert werden. Will er seine Stellung als «Wirtschaftsmotor»

der Schweiz beibehalten, muss die Standortattraktivität gewahrt und ausgebaut werden, indem liberale, marktnahe Reformen eingeleitet werden. Stoppt man etwa das Ausgabenwachstum und kehrt dieses gar um, so sind auch Steuersenkungen beim kantonalen Steuerfuss möglich, was die Abwanderungsgelüste von Steuersubstrat in heute kompetitivere Kantone reduzieren würde. Ein gesunder Finanzhaushalt und Steuerfussenkungen würden einander in dieser Form nicht widersprechen und könnten eine Basis schaffen, um die Attraktivität des Kantons Zürich zu erhalten und gar zu steigern.

4. Eckpunkte für liberale Reformen im Kanton Zürich

Die Zürcher Wirtschaftskraft ist nicht per se garantiert. Es gibt nach wie vor eine Myriade veralteter Vorschriften, Monopole und Regulierungen, die noch jede Leistungsüberprüfung und jedes Sparprogramm überstanden haben. Anschaulich wird dies im sukzessiven Abstieg der letzten Jahre im Ranking des Avenir-Suisse-Freiheitsindexes illustriert. Auch wenn der Avenir-Suisse-Freiheitsindex die Entwicklungen nur punktuell wiedergibt, zeigt er auf, dass in Zürich Anlass für eine Reformdebatte besteht.

Gewiss, es braucht kein «Notstand» ausgerufen zu werden. Durch die Klimadebatte und die Corona-Krise wurde dieser Begriff zur Genüge ausgereizt. Doch will der Kanton Zürich seinem Ruf als «Wirtschaftsmotor der Schweiz» auch in Zukunft gerecht werden, ist «Weitermachen wie bisher» keine Option. Eine Reformstrategie, die darauf ausgelegt ist, die Standortattraktivität des Kantons Zürich langfristig zu sichern, sollte mindestens die folgenden fünf Eckpfeiler umfassen:

Gesunde Kantonsfinanzen sicherstellen

Ein ausgeglichener öffentlicher Finanzhaushalt ist eine Grundvoraussetzung für ökonomische und soziale Handlungsfreiheiten eines Gemeinwesens und ebenso ein Garant für eine langfristig stabile Steuerbelastung. Nicht nur der Bund, auch die Kantone und gerade auch der grösste Kanton der Schweiz brauchen eine möglichst ausgeglichene Haushaltsführung. Dem starken Schuldenausbau müsste konsequenterweise mit einer straffen Führung des Finanzhaushaltes und einer Ausgabenreduktion inklusive einer wirksamen Sparrunde begegnet werden: Das relativ zu anderen Kantonen überproportionale Ausgabenwachstum ist nicht nachhaltig. Nur bei gesunden Kantonsfinanzen kann ökonomisches Handeln und individuelle Wirtschaftsfreiheit auf Dauer sichergestellt werden.

Überhöhte Steuerbelastung senken

Die Verfügungsgewalt über Privateigentum stellt einen Grundpfeiler einer liberalen Wirtschaftsordnung dar. Um der Abwanderung von Vermögen entgegenzuwirken und die Attraktivität des Kantons Zürich wieder zu stärken, braucht es eine Steuersenkung. Seit fast zwanzig Jahren ist der Zürcher Steuersatz unverändert. Die Grösse des Kantons und die gute infrastrukturelle Ausgangslage allein rechtfertigen weder überdurchschnittliche Steuerbelastungen bei den juristischen Personen noch die hohe Progression bei den natürlichen Personen. Der Kanton Zürich sollte sich im innerschweizerischen Steuerwettbewerb neu positionieren. Mit einem Stopp oder gar einer Umkehr des Ausgabenwachstums läge eine Steuerfussenkung von

mehreren Prozentpunkten im Bereich des Möglichen und Machbaren – und zwar ohne die Gesundheit der Kantonsfinanzen zu gefährden.⁻²

Digitalisierungsdividende realisieren

Die Digitalisierungsdurchdringung des öffentlichen Sektors ist im Kanton Zürich noch deutlich ausbaubar – dazu gehören nicht zuletzt die Schnittstellen mit Bevölkerung und Unternehmen. So wünschen sich viele Unternehmen die Möglichkeit einer vermehrten elektronischen Abwicklung von Dienstleistungen. Auch sind die analogen Prozesse innerhalb der öffentlichen Hand konsequent durch digitale Abläufe abzulösen. Damit kann der stark überproportionalen Beschäftigungsentwicklung der Verwaltung Einhalt geboten werden. Denkbar wären ergänzend eine Kopplung des Stellenwachstums in der Verwaltung mit einem Faktor X (d.h. X Beschäftigte pro 100 Einwohner) an die Bevölkerungsentwicklung oder ein Stellenplafonds. Dies würde letztlich eine Reorganisation der Verwaltung bedingen. Anstelle eines stetigen Stellenwachstums soll eine Re-Priorisierung der Verwaltungsaufgaben stattfinden, die dann in einen Stellenrückbau münden kann.

Deregulierung und Rückbau der ausgeprägten Verbotskultur

Die im interkantonalen Vergleich überdurchschnittlich ausgeprägte Verbotskultur ist kritisch auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Wie der Avenir-Suisse-Freiheitsindex aufzeigt, führt die schiere Masse an Verboten im interkantonalen Vergleich zu einem der restriktivsten Umfeld in Bezug auf zivile Freiheiten. Will sich der Kanton Zürich als Wirtschaftszentrum der Schweiz langfristig behaupten, sollten zumindest nicht mehr behördliche Verbote erlassen werden als dies andere Kantone tun. In einem eigentlichen Deregulierungspaket müssten die übergreifigsten Verbote abgeschafft werden. Ergänzend wären auch die einschlägigen Behördenprozesse und Vorschriften daraufhin zu hinterfragen, ob sie noch zeitgemäss sind oder nicht eher ein Hindernis bei der Weiterentwicklung des Kantons darstellen.

Kantonale Monopole auflösen und Beteiligungsportfolio überprüfen

Die Notwendigkeit für viele historisch gewachsene kantonale Monopole ist im heutigen Marktumfeld nicht mehr gegeben. Ein reines Amtsnotariat etwa bürdet dem Kanton Stellen auf, die auch von der Privatwirtschaft übernommen werden können. Ebenso hinterlässt die staatliche Gebäudeversicherung ordnungspolitische Fragezeichen. Für die Staatlichkeit beider Institutionen besteht im heutigen Umfeld kein Bedarf mehr, die kantonalen Zürcher Monopole können ohne Weiteres fallen.

2 Eine einfache «Milchbüchli-Rechnung» mag dies verdeutlichen: Die Senkung des Kantonssteuerfusses um 1 Steuerprozentpunkt für natürliche Personen verursacht Einnahmeausfälle von 60 Mio. Fr. pro Jahr. Dem steht das jährliche Ausgabenwachstum von durchschnittlich 440 Mio. Fr. in den letzten drei Jahren vor der Corona-Krise gegenüber.

Aber nicht nur im Bereich der kantonalen Monopole wäre es an der Zeit, Ballast abzuwerfen. Das Ausmass des kantonalen Beteiligungsportfolios mit den zahlreichen staatsnahen Betrieben ist kritisch zu durchleuchten. Überall wo für die Steuerzahler finanzielle Risiken bestehen und private Akteure die entsprechenden Aufgaben besser als der Staat erfüllen können (etwa im Finanz-, IT-, Energie- oder Telekom-Bereich), soll der Kanton sein Engagement konsequent einstellen. Insbesondere ist auch ein Riegel zu schieben gegen staatsnahe Unternehmen, die ihren Tätigkeitsbereich in private Märkte ausdehnen. Inwiefern etwa die angebotenen «Smart-Home»-Lösungen der Eltop, dem Tochterunternehmen der kantonalen EKZ, staatliche Kernaufgaben darstellen, ist mehr als fraglich.

Bei den aufgezeigten Reformen handelt es sich um Aufgaben, die der Kanton Zürich selbst anpacken kann. Daneben gibt es aber weitere Herausforderungen, die nicht in den direkten Kompetenzbereich des Kantons oder seiner Gemeinden fallen, deshalb aber nicht minder wichtig sind. Ein zentrales Problem für den Wirtschafts- und Arbeitskanton Zürich ist beispielsweise der Fachkräftemangel. Um den Rekrutierungsschwierigkeiten der Unternehmen zu begegnen, ist etwa ein deutlich höheres Drittstaaten-Kontingent vonnöten. Ebenso sollte sich der Kanton Zürich dafür einsetzen, dass ihm der Bund im Rahmen eines Pilotversuchs ermöglicht, Studierenden an Zürcher Universitäten und Hochschulen aus Drittstaaten einen schrankenlosen Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Damit könnte Zürich verstärkt von globalen Talenten profitieren. Auch sollte sich der Kanton darum bemühen, dass die einengenden Vorschriften der vom Bund erlassenen Arbeitsgesetzgebung flexibilisiert werden. Die Einführung von Jahres- statt Wochen-Höchstarbeitszeiten und damit die Ermöglichung von flexiblen Arbeitsformen könnten die Attraktivität und Innovationskraft Zürichs wieder stärken. Es gilt somit für den Kanton Zürich nicht einfach abzuwarten und zu hoffen. Im Gegenteil muss er bei den entsprechenden Entscheidungsträgern auf Bundesebene proaktiv vorstellig werden, um Reformen anzuschieben, auch wenn diese nicht in der direkten Kompetenz des Kantons liegen.

5. Fazit

Den sich schleichend abzeichnenden Negativtendenzen im Kanton Zürich gilt es Einhalt zu gebieten, bevor es zu spät ist. Insbesondere ist für langfristig gesunde Kantonsfinanzen zu sorgen und das ungebremste Ausgabenwachstum zu stoppen. Durch neu gewonnenen Spielraum kann die Standortattraktivität im Vergleich zu den anderen Kantonen mittels Steuersenkung gesteigert werden. Ferner sollten alte Zöpfe abgeschnitten werden: etwa bei anachronistischen Monopolen und einschnürenden Vorschriften.

Diese Deregulierungen sollen mit einer personellen Beschränkung des Staatsapparates einhergehen. Eine restriktive Kopplung des Stellenwachstums der Verwaltung an dasjenige der Bevölkerung oder ein verbindlicher Stellenplafonds würde der aktuellen Entwicklung einen Riegel schieben. Der Staat soll nicht schneller wachsen als die Wirtschaft und Bevölkerung tun. Vor allem dann nicht, wenn dieses Wachstum mit einer deutlich steigenden Verschuldung einhergeht.

Der Kanton Zürich muss aufwachen, die aufgezeigten Herausforderungen anpacken und sich dem engen Korsett an Vorschriften und Verboten entledigen. Nur so kann es dem «alten Löwen» gelingen, seine Stellung als «Wirtschaftsmotor der Schweiz» zu halten, gar auszubauen und unanfechtbar zu machen.

Literatur

- AWA, Amt für Wirtschaft und Arbeit (2019): Zürcher Wirtschaftsmonitoring. Dezember 2019. <https://www.zh.ch/de/wirtschaft-arbeit/zuercher-wirtschaftszahlen/wirtschaftsmonitoring/wirtschaftsmonitoring-archiv.html#-792208150>. Zugriff: 01.12.21.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2021a): Beschäftigte nach Sektor und Grossregionen. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/industrie-dienstleistungen/unternehmen-beschaeftigte/beschaeftigungsstatistik/beschaeftigte.assetdetail.18505512.html>. Zugriff: 12.11.21.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2021b): Studierende an den Fachhochschulen. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/personen-ausbildung/tertiaerstufo-hochschulen/fachhochschulen.assetdetail.16344889.html>. Zugriff: 03.12.21.
- Berner Zeitung (2019): Kompromiss bei den Berner Notariatsgebühren. <https://www.bernerzeitung.ch/region/kanton-bern/kompromiss-bei-den-berner-notariatsgebuehren/story/23746840>. Zugriff (07.11.21).
- Bisnode D&B (2021): Statistik Neueintragungen: Stand, 31. Januar 2021.
- Bonato, Mario (2020): Einschnürende staatliche Umarmung. <https://www.avenir-suisse.ch/kantone-staatsquote/>. Zugriff: 10.10.21.
- Brüllhart, Marius und Schmidheiny, Kurt (2021): Vermögen im Kanton Zürich: Verteilung und Auswirkungen von Steuer-senkungen. https://www.zh.ch/content/dam/zhweb/bilder-dokumente/footer/news/2021/11/gutachten_verm%C3%B6gen_im_kanton_z%C3%BCrich.pdf. Zugriff: 17.11.21.
- Cato, Cato Institute (2021): Human Freedom Index. <https://www.cato.org/sites/cato.org/files/2021-03/human-freedom-index-2020.pdf>. Zugriff: 08.10.21.
- CRIF (2018): Firmenumzüge 2018. <https://www.crif.ch/news-und-events/news/2019/maerz/firmenumzuege/>. Zugriff (11.11.21).
- CS, Credit Suisse (2021): Sorgenbarometer 2021. https://www.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2021/11/credit-suisse_sorgenbarometer2021_schlussbericht.pdf. Zugriff: 03.12.21.
- CS, Credit Suisse (2020): Swiss Cantons Handbook. Cantons and Cities. Zürich: Credit Suisse.
- Eugster, Erwin (1995): Das Spätmittelalter: Die Entwicklung zum kommunalen Territorialstaat. Zürich: Werd Verlag.
- EFD, Eidgenössisches Finanzdepartement (2021): Nationaler Finanzausgleich. <https://www.efd.admin.ch/efd/de/home/finanzpolitik/nationaler-finanzausgleich.html>. Zugriff: 19.11.21.
- EFV, Eidgenössische Finanzverwaltung (2021): Finanzstatistik. Daten. <https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/themen/finanzstatistik/daten.html>. Zugriff: 10.10.21.
- Fahrländer und Partner (2020): Durchschnittliche Dauer zwischen Einreichung des Baugesuchs und der Erteilung der Baubewilligung. Zürich: Fahrländer und Partner.
- Grünenfelder, Peter; Rühli, Lukas; Rutz, Samuel; Cosandey, Jérôme und Salvi Marco (2021): Trade-offs bei der Pandemiebekämpfung. Die unbeantworteten Fragen zum Lockdown. Zürich: Avenir Suisse.
- Hug Alonso, Teresa; Grünenfelder, Peter und Dümmler, Patrick (2021): Erosionsmonitor. Trimester-Report zum Stand des bilateralen Verhältnisses Schweiz – EU. Zürich: Avenir Suisse.
- Kanton Zürich (2021): Zürich als Wirtschaftsmotor. <https://www.zh.ch/de/wirtschaft-arbeit/wirtschaftsstandort/standortfoerderung/wirtschaftszweige.html>. Zugriff: 18.10.21.
- KPMG (2021): Internationaler Kampf um Steuereinnahmen gefährdet Standortattraktivität der Schweiz. <https://home.kpmg/ch/de/home/medien/medienmitteilungen/2021/04/internationaler-kampf-um-steuereinnahmen-gefaehrdet-standortattraktivitaet-der-schweiz.html>. Zugriff: 03.12.21.
- NZZ (2021a): Zwangs-Manna für die Kirche. <https://www.nzz.ch/zuerich/kirchensteuern-zuerich-widerstand-gegen-die-zwangsmillionen-ld.1647935>. Zugriff: 12.11.21.
- NZZ (2021b): Der Kanton Zürich schreibt tiefrote Zahlen, schafft aber über tausend neue Stellen. <https://www.nzz.ch/zuerich/budget-kanton-zuerich-schreibt-tiefrote-zahlen-und-hofft-auf-snb-ld.1642534>.
- Regierungsrat (2021a): Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich. KR-Nr. 182/2021. Zürich: Regierungsrat.
- Regierungsrat (2021b): Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2022–2025 Budgetentwurf 2022. <https://www.zh.ch/de/steuern-finanzen/kantonsfinanzen/budget-und-finanzplanung.html#-792208150>. Zugriff: 15.10.21.

- Rutz, Samuel und Bonato, Mario (2021a): Avenir-Suisse-Freiheitsindex. Begrifflichkeiten, Indikatoren, Methodik und Quellen. https://cdn.avenir-suisse.ch/production/uploads/2019/12/2019_Factsheet-Freiheitsindex_DE.pdf. Zugriff: 25.10.21.
- Rutz, Samuel und Bonato, Mario (2021b): Der Avenir-Suisse-Freiheitsindex 2021. <https://www.avenir-suisse.ch/freiheitsindex/?indexes=none&canton=ZH>. Zugriff: 15.09.21.
- Rutz, Samuel (2016): Das Märchen vom Tafelsilber. Eine Privatisierungsagenda für die Schweiz. Zürich: Avenir Suisse.
- Rutz, Samuel und Schmid, Lukas (2014): Eine Privatisierungsagenda für die Schweiz. Wie die Kantone Monopole stützen statt Märkte fördern. Zürich: Avenir Suisse.
- SMM, Stellenmarkt Monitor CH (2019): Fachkräftemangel Index Schweiz 2019. <https://ssi.springprofessional.ch/wp-content/uploads/2019/11/Fachkraeftemangel-index-Broschuere-2019.pdf>. Zugriff: 03.12.21.
- Stadt Zürich (2021a): Firmenbefragung 2021. <https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/gesellschaft-und-raum/entwicklung-arbeitsstadt/firmenbefragung/firmenbefragung-2021.html>. Zugriff: 19.11.21.
- Stadt Zürich (2021b): Finanz- und Aufgabenplan 2022–2025. <https://www.stadt-zuerich.ch/fd/de/index/finanzen/fap/fap-2022-2025.html>. Zugriff: 15.11.21.
- Statistisches Amt (2021): Abstimmungsarchiv. <https://www.zh.ch/de/politik-staat/wahlen-abstimmungen/abstimmungsarchiv.html>. Zugriff: 18.10.21.
- Statistisches Amt (2020): Bevölkerung in Zahlen. <https://www.zh.ch/de/soziales/bevoelkerungszahlen.html?keyword=einwohner#/home>. Zugriff: 22.10.21.
- Müller, Jürg und Ammann, Basil (2021): Eine «digitale Mini-GmbH» für die Schweiz. Zürich: Avenir Suisse.
- UBS (2021): Kantonaler Wettbewerbsindikator 2021. https://www.ubs.com/content/news/de/2021/08/25/ubs-study-2021/_jcr_content/mainpar/toplevelgrid/col2/linklist/link_934792396.0249635224.file/PS9jb250ZW50L2RhbS9hc3NldHMvbm-V3cy8yMDIxLzA4LzI1L2t3aS0yMDIxLWRLInBkZg==/kwi-2021-de.pdf. Zugriff: 01.12.21.
- Volkswirtschaftsdirektion (2021): Finanzplatz Zürich 2021/2022. https://www.zh.ch/content/dam/zhweb/bilder-dokumente/themen/wirtschaft-arbeit/wirtschaftsstandort/dokumente/finanzplatz_zuerich_studie_2021_2022.pdf. Zugriff: 07.11.21.
- ZH Lex, Zürcher Gesetzessammlung (2021): [http://www2.zhlex.zh.ch/appl/zhlex_r.nsf/WebView/FB6280C63329AB58C12585-3100455AA5/\\$File/810.1_2.4.07_108.pdf](http://www2.zhlex.zh.ch/appl/zhlex_r.nsf/WebView/FB6280C63329AB58C12585-3100455AA5/$File/810.1_2.4.07_108.pdf). Zugriff: 18.10.21.
- ZKB (2021): Geschäftsbericht 2020. <https://www.zkb.ch/de/ueber-uns/investor-relations/jahres-und-halbjahresberichte.html>. Zugriff: 24.10.21.